

24,75 Mrd. DM gemäß Artikel 28 des Staatsvertrages. Darin sind enthalten die zweckgebundenen Finanzzuweisungen von 22 Mrd. DM und die Anschubfinanzierung von 2,75 Mrd. DM für die Renten- und Arbeitslosenversicherung.

Zweitens. Hinzu kommt die Nettoverschuldung am Kapitalmarkt in Höhe von 10 Mrd. DM.

Finanzierungssaldo und Einnahmen ergeben zusammen wieder 63 684,4 Mio DM. Dieser Haushalt ist in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen.

Einbezogen ist eine weitere nachhaltige Senkung der Personal- und Sachausgaben im öffentlichen Dienst von rund 150 Mio DM, die als pauschale Minderausgabe im Entwurf des Haushaltes enthalten ist. Über die Verwendung der eingestellten Investitionsmittel in Höhe von 3 Mrd. DM für Infrastrukturmaßnahmen wird der Ministerrat noch gesondert entscheiden.

Die in den einzelnen Ressorts veranschlagten Mittel sagen jedoch noch nichts über die Beträge aus, die wir für politische Schwerpunkte eingesetzt haben. Ich will einige herausgreifen:

Erstens: Die Summe von 13,386 Mrd. DM für soziale Leistungen hatte ich schon genannt. Damit wird deutlich, daß wir uns bemüht haben, daß bei der notwendigen Umgestaltung des Wirtschaftssystems der einzelne nicht unter die Räder kommt.

Zweitens: Wenn wir alle Ausgaben für Aufgaben des Umweltschutzes und für Maßnahmen zur Gestaltung der Umwelt zusammenrechnen, ergibt sich ein Betrag von 1,718 Mrd. DM.

Drittens: Für die Bildung stehen im Haushalt rund 7,9 Mrd. DM bereit. Darunter fallen die Universitäten, Hoch- und Fachschulen, aber auch die berufliche Weiterbildung. Darin enthalten sind auch knapp 5,5 Mrd. DM in den Haushalten der Bezirke, also für Schulen, Berufsausbildung, Weiterbildungseinrichtungen und Kindergärten.

Viertens: Im Haushaltsplanentwurf für das 2. Halbjahr 1990 sind für den Kulturbereich insgesamt knapp 1,4 Milliarden vorgesehen. Die Maßnahmen reichen von der Unterstützung der Staatsoper und der künstlerischen Hoch- und Fachschulen über kulturelle Auslandsbeziehungen bis hin zu Theatern, Orchestern, Kinos, Klubs, Bibliotheken, Musikschulen, Museen, Gedenkstätten, Unterhaltungskunst und Zoologischen Gärten.

Trotz aller Bemühungen ist es auch nach Abschluß der Ministergespräche mit den Ressorts nicht gelungen, den im Staatsvertrag festgelegten Haushaltsrahmen einzuhalten. Die Überschreitung von 4,3 Milliarden DM ist auf die zum Zeitpunkt der Festlegung des Rahmenplanes am 16. Mai 1990 - und in diesen zweiten Monaten ist viel geschehen - nicht vorhersehbaren und unabweisbaren Faktoren zurückzuführen.

Genannt seien der Ausfall an Einnahmen aus den zu übertragenden nicht verbrauchten Mitteln des Projektfonds in Höhe von 1,6 Milliarden DM, die fehlerhafte Berechnung der Finanzierung der Krankenversicherung, die sich mit 550 Mio DM auswirkt, die 440 Mio DM Mehraufwand für die Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte, die um 770 Mio DM höheren Preisstützungen bei festen Brennstoffen für die Bevölkerung, die 200 Mio DM Strukturhilfe für 33 einheimische Erzeugnisgruppen und die 250 Mio DM Aufwand für tarifliche Vereinbarungen zum Rationalisierungsschutz.

Alle diese Ministerratsentscheidungen sind im Einvernehmen mit der Bonner Regierung gefaßt worden. Diese Mehrbelastung kann durch Kürzungen der unabdingbaren Ressortausgaben nicht ausgeglichen werden. Sollte es allerdings nicht gelingen, diese unabweisbaren, ich wiederhole, unabweisbaren Überschreitungen durch gesonderte Zuweisungen oder ein höheres Kreditvolumen auszugleichen, müßten jetzt die für die einzelnen Ressorts schon knapp veranschlagten Mittel um rund 8,4 % reduziert werden. Ausgenommen davon nur die Ministerien für Arbeit und Soziales sowie für Familie und Frauen. Vorläufig ist dieser Betrag von 4,3 Milliarden DM als globale Minderausgabe eingestellt.

Zusätzlich zeichnen sich schon heute weitere Mehrbelastungen ab, die noch nicht qualifiziert und deshalb nicht in den Haushaltsplanentwurf aufgenommen werden konnten. Als Stichworte nenne ich zu erwartende Mehraufwendungen für die Arbeitslosen, Mehraufwendungen für Medikamente und

damit für die Krankenversicherung sowie die ganz sicher höheren Zuwendungen an die Bezirke und Kommunen.

Auf der Einnahmeseite sind wir am Anfang des Aufbaus einer Steuerverwaltung. Alle Zahlen sind noch nicht hinreichend gesichert. Die wirtschaftliche Entwicklung in der DDR läßt nicht erwarten, daß es hier zu höheren Einnahmen kommt, als im Haushaltsplanentwurf vorgesehen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Schluß kommen. Ich weiß aus zahlreichen Briefen, Gesprächen und Besuchen im Lande, daß jetzt neue Ängste und Befürchtungen aufkommen und daß wir alles, was durch unangemessen hohe Preise, durch die Inkompetenz von Leitern in der Wirtschaft der alten Schule ausgelöst wird, schnell und durchgreifend korrigieren müssen. Es kann auch nicht alles dem alten System angelastet werden, wenn auch vieles, was heute passiert, die Folgen der Fehler der Vergangenheit sind.

Zur Überwindung der Probleme benötigen wir den Einsatz, die Besonnenheit und den Mut nicht nur der Regierenden, sondern allen Bürgerinnen und Bürger der DDR. Viele Probleme haben wir noch nicht hinreichend erkannt, viele Gefahren sind noch nicht deutlich sichtbar geworden.

Aber gemeinsam können wir es schaffen, ein Stück unserer Identität zu bewahren. Dazu kommt unser Bemühen, neue und sichere Arbeitsplätze zu schaffen, soziale Gerechtigkeit, soweit dies nur geht, herzustellen und die Zerstörung der uns anvertrauten Natur aufzuhalten und schrittweise zu beenden.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bitte um Überweisung des Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplanes der DDR für die Zeit vom 1. Juli bis 31. Dezember des Haushaltsjahres 1990 an die zuständigen Ausschüsse. Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

■ Danke schön, Herr Minister. Ich sehe zwei Fragen. Möchten Sie diese beantworten?

(Dr. Romberg: Ja.)

Noack (CDU/DA):

Herr Minister! Ist im Haushaltsplan die Stipendienzahlung entsprechend den Zusagen - mindestens 280 DM, möglich bis 495 DM - enthalten und gesichert? Das ist die erste Frage. Die zweite Frage: Inwiefern sind Ausgleichszahlungen für Lehrer vorgesehen, so daß die Minderungen durch Wegfall von Steuerbegünstigungen und zusätzliche Versicherungsausgaben kompensiert werden?

Dr. Romberg, Minister für Finanzen:

Die Stipendien sind entsprechend der Regelung, wie sie hier verabschiedet wurde, in den Haushalt eingestellt, das heißt, bis zu einer Summe von 450 DM, sofern nicht Sonderleistungen dazukommen. Auch für die Lehrer sind besondere Maßnahmen vorgesehen. Der Ministerrat hat bei seiner letzten Sitzung in dieser Woche, am Mittwoch, eine Summe eingestellt, die für diesen Zweck gedacht ist.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Bitte schön, noch eine Frage.

Stempell (CDU/DA):

Herr Minister! Wird es auch zukünftig die zinslosen Kredite für junge Eheleute noch geben?

Dr. Romberg, Minister für Finanzen:

Zur Frage der zinslosen Kredite für junge Eheleute liegt dem Ministerrat eine Beschlußvorlage vor, die demnächst beraten wird.

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Es ist noch eine Frage gekommen. Können wir diese vielleicht als letzte noch nehmen?